

# Kurzmeldungen

## Gesetz gegen terroristische Aktivitäten

Amnesty International (ai) ist besorgt über die Entwicklung der Menschenrechte in Bangladesh. Ein im November letzten Jahres vom Parlament verabschiedetes Gesetz gegen terroristische Aktivitäten setzt nach Auffassung von ai die Mindestanforderungen an faire Ermittlungen und Gerichtsverfahren außer Kraft. Erschreckend erscheint ai auch die Entwicklung bei der Todesstrafe. Ein Beitrag von Bernhard Hertlein.

1990, als in Bangladesh das Volk das autoritäre Regime des General Hossain Mohammad Ershad gestürzt hat, zählte die Statistik eine Hinrichtung. Als 1991 erstmals wieder freie Wahlen stattfanden, ist nach amtlichen Angaben überhaupt kein Todesurteil vollstreckt worden. Die vollständige Abschaffung der Todesstrafe schien möglich - bis 1992. Im vergangenen Jahr kehrte Bangladesh überraschend zur früheren grausamen Praxis zurück. Schlimmer noch: Das im November 1992 verabschiedete Gesetz gegen terroristische Aktivitäten läßt Todesurteile sogar für Delikte zu, die nirgendwo sonst auf der Welt mit dieser unmenschlichen Strafe bedroht sind.

Berichten zufolge sind 1992 vier Menschen hingerichtet worden. 114 Verurteilte befinden sich nach offiziellen Angaben im Todestrakt. Die Mehrzahl dieser Unrechtsurteile (66) wurden im Zeitraum zwischen Januar 1991 und September 1992 gefällt.

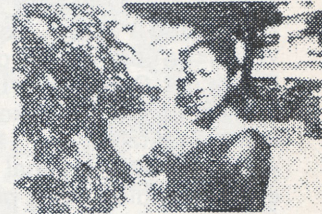
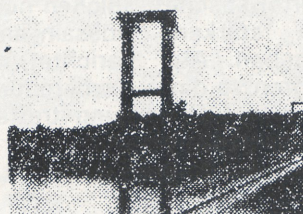
Doch nicht nur die Zahlen über Todesurteile und Vollstreckungen geben Anlaß zur Sorge. Auch auf Gesetzesebene wurde der Rückwärtsgang eingelegt. Am 1. November 1992 verabschiedete die Mehrheit des Parlaments das Anti-Terrorismus-Gesetz ('Terrorist Activities Ordinance'). Der Text listet neun Vergehen auf, unter anderem Terrorismus, Anarchie, Erpressen von Parteispenden, Beschädigung von Autos oder anderem Eigentum, Juwelenraub, Entführung und Belästigung von Frauen oder Kindern. Diese Vergehen werden mit einer Mindeststrafe von fünf Jahren Haft bestraft; als Höchststrafe ist die Todesstrafe vorgesehen!

Um die Beschuldigten im

Schnellverfahren aburteilen zu können, wurden inzwischen landesweit 64 Sondergerichte eingerichtet. Für polizeiliche Untersuchungen ist ein enger Zeitrahmen vorgeschrieben. Nach Ansicht von ai verletzen diese Vorschriften in eklatanter Weise die Rechte der Verteidigung, zumal das Verfahren auch in Abwesenheit des Angeklagten durchgeführt werden kann. Selbst unter dem Gesichtspunkt, daß Verurteilte vor dem 'High Court' Berufung einlegen können, widersprechen diese Bestimmungen in vielfacher Hinsicht den Vorschriften für ein faires Gerichtsverfahren, wie sie beispielsweise in dem - von Bangladesh allerdings noch nicht unterzeichneten - internationalen Vertrag über bürgerliche und politische Rechte niedergelegt sind. Angesichts von Armut und weit verbreitetem Analphabetentum werden ohnehin nur wenige einen schwierigen Instanzenweg einschlagen.

Bangladesh taucht in deutschen Medien fast nur im Zusammenhang mit Katastrophenmeldungen oder Entwicklungshilfeprojekten auf. Deshalb ist weitgehend unbekannt, daß das Land seit einiger Zeit an zunehmendem Verfall der inneren Ordnung leidet. Vor allem in den Großstädten, an Universitäten und in den Lagern der Rohingya-Flüchtlinge aus Myanmar (Burma) kann eine oft korrupte und politische Druck leicht zugängliche Polizei die Einhaltung der Gesetze nicht mehr garantieren (siehe auch 'gelbe Seiten' in dieser Ausgabe). In den im Südosten gelegenen Chittagong Hill Tracts, wo eingewanderte Bengalen aus anderen Landesteilen mit Unterstützung durch Sicherheitskräfte Stammesangehörigen Land wegnehmen,

## Seeing is Believing See Bangladesh



## Now is the time to enjoy the natural beauty of Rangamati and its lake!

Natural beauty of Rangamati blessed with green hills, vast expanse of blue water of Kaptai lake, colourful tribal life will captivate you.

### Main attractions :

- \* Cruising in Kaptai lake \* Hanging bridge
- \* Tribal museum \* Picnic Spot \* Tribal handicrafts \* Tribal dance and music.

### Parjatan facilities :

**Motel, Cottage, Youth Inn, Restaurant and Auditorium.**

**For booking and further details, please contact :**

<b>Tourist Information Centres :</b>	Phone
Parjatan Motel, Deer Park, Rangamati,	3126
Parjatan Head Office	317836, 325155-9
Dhaka Sheraton Hotel	509479, 863391
Sonargaon Hotel	811005, 812011/4137

*Avail our warm hospitality.*



**BANGLADESH PARJATAN CORPORATION**  
National Tourism Organization.

Werbung für die Chittagong Hill Tracts  
(aus: 'The Telegraph', Dhaka, 11.1.1993)

herrscht ohnehin permanenter Ausnahmezustand.

Bei ihren Versuchen, Gewalt und Kriminalität einzuschränken, schießt die Regierung von Premierministerin Khaleda Zia immer wieder über das Ziel hinaus. So zum Beispiel bei der 'Operation August 1992'. Im vergangenen Sommer wurden innerhalb eines Monats 25.000 Menschen verhaftet. 22.000 mußten binnen kurzer Zeit wieder freigelassen werden, weil auch nicht die Spur eines Beweises für irgendeine Straftat vorgelegen hatte.

Die Menschen, die 1990 in Bangladesh auf die Straße gingen, forderten Demokratie und Menschenrechte. Ihre politischen Spre-



cher verlangten unter anderem die Abschaffung des seit 1974 geltenden 'Special Power Act'. Bei "Gefahr für die öffentliche Ordnung" erlaubt dieses Ausnahmegesetz Inhaftierungen ohne Anklage und Gerichtsverfahren. Neuerdings wächst wieder die Zahl derer, die aufgrund dieses Gesetzes ins Gefängnis geschickt werden. Im Herbst 1992 hat sich der Staat mit dem Gesetz gegen terroristische Aktivitäten eine noch stärkere Waffe an die Hand gegeben. Auf Druck der Opposition begrenzte das Parlament die Gültigkeit dieses Unrechtsgesetzes auf zwei Jahre. Amnesty International fordert, daß es sofort außer Kraft gesetzt wird.

### Neue Partei in Bangladesh?

In den letzten Monaten ist Kamal Hossain, eine der wichtigsten Persönlichkeiten in der Führungsriege der 'Awami League' (AL) und früherer Außenminister Bangladeshs (1973-75), wiederholt in die Schlagzeilen geraten. Beobachter meinen, Hossain versuche schon seit langem, den Absprung von der AL zu schaffen. Nachdem er schon zu Zeiten der Anti-Ershad-Bewegung das 'Nagorik Committee' als ein 'nicht politisches' Forum gegründet hatte, rief er vor kurzem das 'Demokratische Forum' ins Leben. Schon lange gilt er als Außen-seiter in seiner Partei. Insbesondere sein Verhältnis zur Parteivorsitzenden, Sheikh Hasina, verschlechterte sich zusehends; und dabei war er es, der im Februar 1981 Hasina einlud, die Führung der Partei zu übernehmen. Immer wieder stehen Stellungnahmen des 'Demokratischen Forums' zu den verschiedensten Themen in krassem Gegensatz zum offiziellen Standpunkt der AL. Als nach parteiinternen Querelen der Generalsekretär der AL des Dhaka Distriktes aus der Partei ausgeschlossen wurde, stellte sich Hossain öffentlich auf dessen Seite.

Bei einem Treffen der Parteiführung im letzten September wurde ein Auslandsaufenthalt Hossains genutzt, ihn aus dem Parteipräsidium auszuschließen und ihm einen Posten im 'Beratungskomitee' der Parteivorsitzenden anzubieten - welchen er zunächst ablehnte, dann aber doch annahm. Seine aktuelle Position innerhalb der Parteihierarchie ist zur Zeit nicht genau zu bestimmen, und seine Bemühungen um Kontakte zu Führern anderer Parteien, sozialen Organisationen,

einzelnen Prominenten usw., geben Anlaß zu Spekulationen, er plane die Gründung einer neuen Partei.

Angesichts der zunehmenden Kritik, der sich sowohl die Regierungspartei, als auch die Opposition ausgesetzt sehen, könnte eine solche Parteineugründung möglicherweise Erfolg haben. Während Mitglieder des 'Demokratischen Forums' vorgeben, nichts von einer solchen neuen Partei zu wissen, hat Hossain angeblich ein Komitee eingerichtet, das die organisatorischen Vorbereitungen für eine Parteigründung treffen soll (siehe dazu auch Interview mit Hossain in: 'Südasiens', 6/92).

### Ayodhya und die Auswirkungen in Bangladesh

Trotz aller Bemühungen der säkularen Kräfte ist es im Dezember als Reaktion auf die Zerstörung der Moschee im indischen Ayodhya auch in Bangladesh zu schweren Auseinandersetzungen gekommen. Der geschätzte Schaden beläuft sich auf mehr als 1,4 Milliarden Taka (ca. 50 Millionen Mark). Insgesamt sollen 200.000 Menschen obdachlos geworden sein. Die zahlreichen Übergriffe auf Hindus wurden heftig verurteilt und kritisiert. Oft riskierten Menschen ihr eigenes Leben, um das Leben und den Besitz von Nicht-Moslems zu schützen. In einem gemeinsamen Aufruf appellierten bedeutende Wissenschaftler, Journalisten, Rechtsanwälte und Aktivisten an das Volk, überall im Land gegen jede Art von Gewalt Widerstand zu leisten und wachsam zu bleiben, um eine weitere Verschlechterung der Situation zu verhindern. Betont wurde, daß diejenigen, die auf kommunalistische Mittel zurückgriffen, um gegen Kommunalismus zu protestieren, die großen Lehren der Religion entehrten.

Sie verurteilten die Zerstörung der Moschee und meinten, damit seien nicht nur die Gefühle der Moslems verletzt worden, sondern auch alle demokratischen Werte einer zivilisierten Gesellschaft. Gleichzeitig wurde die Bevölkerung jedoch aufgefordert, die Harmonie zwischen den verschiedenen religiösen Gruppen Bangladeshs zu bewahren. Auch die Parteichefin der 'Awami League', Sheikh Hasina, schloß sich diesem Aufruf an. Bezugnehmend auf die Angriffe gegen die nicht moslemische Bevölkerung durch fundamentalistische Kräfte in Bangladesh rief auch sie dazu auf,

allen Provokationen eine Absage zu erteilen. Sie wies ihre Parteimitarbeiter an, eine Liste von Tempeln und anderen religiösen Orten und von Besitzümern von nicht-Muslims zu erstellen, die bei den Unruhen zerstört oder beschädigt wurden. Die 'Awami League' forderte die Regierung auf, eine parlamentarische Kommission mit der Untersuchung der jüngsten Unruhen zu beauftragen und die Opfer der Gewalttätigkeiten zu entschädigen. Beschädigte und zerstörte Tempel und andere Gebäude sollten repariert und wieder aufgebaut werden.

Unter dem Vorsitz von Sheikh Hasina wurde während eines Treffens von Führern verschiedener politischer Parteien und sozio-kultureller Organisationen ein 'Communal Harmony Committee' mit über 100 Mitgliedern gegründet. Während dieses Treffens wurde dazu aufgerufen, solche Komitees in allen Distrikten einzurichten und eine Liste der Opfer und Betroffenen der Ausschreitungen zu erstellen. Darüber hinaus wurde auf dem Treffen dazu aufgerufen, die Personen, die an den Gewalttätigkeiten, Plünderungen und Zerstörungen beteiligt waren, zu bestrafen.

Ab dem 7. Dezember organisierten politische Parteien, Studenten- und andere Organisationen Friedensmärsche, um Harmonie und Frieden zu bewahren. So wurde eine der Prozessionen vom Bürgermeister Dhakas angeführt, eine andere wurde von der 'Awami League', dem 'Fünf-Parteien' Bündnis, der 'Patriotischen Demokratischen Front' (PDF) und der 'Ganatantri Dal' organisiert.

Auch in anderen Städten und Zentren kam es zu einer Reihe von Friedensdemonstrationen. In der südöstlichen Stadt Chittagong organisierten alle politischen Parteien, einschließlich der regierenden 'Bangladesh Nationalist Party', eine gemeinsame Demonstration, in der sie zu Frieden und Harmonie aufriefen.

Mit Ausnahme der fundamentalistischen 'Jamaat-i-Islami' drückten alle Studentorganisationen des Landes in einer gemeinsamen Erklärung ihre Betroffenheit über die Versuche bestimmter Gruppen aus, die Harmonie im Lande zu stören.

In verschiedenen Gebieten kam es zu Zusammenstößen zwischen kommunalistischen und säkular-demokratischen Kräften. Viele Parteien forderten ein Verbot kommunalistischer und fundamentalistischer Parteien und ihrer





Mit einem 'langen Marsch' versuchten Moslems aus Bangladesh Indien zu erreichen (Foto: 'Gulf News')

'Frontorganisationen'.

Ein großer Teil der bengalischen und englisch-sprachigen Presse des Landes veröffentlichte am 11. Dezember ein gemeinsames Editorial, in dem die Gewalttätigkeiten, die in Bangladesh nach der Zerstörung der Babri-Moschee ausgebrochen waren, verurteilt wurden. In dem Artikel heißt es u.a.: "... Kein Bürger Bangladeshs kann in irgendeiner Weise für die Ereignisse in Indien verantwortlich gemacht werden. Wir halten es für die Pflicht eines jeden aufrichtigen, gewissenhaften und religiösen Menschen, allen Versuchen, Gewalt zu initiieren und den Frieden zu stören, zu widerstehen. Es ist das Gebot der Stunde, die höchsten Traditionen von Demokratie, Humanismus und ethischen Werten aufrecht zu halten..."

Die Regierung Bangladeshs reagiert, anders als ihre militärischen Vorgänger oder die Regierung Pakistans, schnell, um Racheakte einzudämmen; anderenfalls wäre der entstandene Schaden wahrscheinlich noch weitaus größer gewesen. So konnte der Jahrhunderte alte Dhakeswari Tempel in Dhaka-City und der heilige Ort Sitakund im Chittagongdistrikt vor der Zerstörung und Entweihung durch Fanatiker gerettet werden. Verschiedene Orte wurden unter eine unbeschränkte Ausgangssperre gestellt

und zahlreiche Tempel durch Polizeiwachen geschützt. Die Polizei setzte Schlagstöcke, Tränengas und Gummigeschosse ein, um den Mob auseinanderzutreiben, der sich in vielen Orten versammelt hatte, um Tempel und Besitztümer von Hindus zu zerstören.

Tatsächlich blickt Bangladesh auf eine starke säkulare Tradition zurück, weswegen es bisher nur sehr selten zu kommunalistischen Ausschreitungen gekommen ist. Wie auch jetzt kam es Ende der 40-er und Anfang der 50-er Jahre verschiedentlich zu gewalttätigen Auseinandersetzungen als Reaktion auf Vorkommnisse in Indien. Doch auch während dieser Zeit verstummten nicht die Stimmen derjenigen Kräfte, die darauf hinwiesen, daß die Hindubevölkerung Bangladeshs (damals Pakistan) in keinerlei Weise für die Ereignisse in Indien verantwortlich gemacht werden könne.

Erst unter der Militärherrschaft lebten kommunalistische Auseinandersetzungen wieder auf. So kam es 1964, wieder als Reaktion auf Ereignisse in Indien, zu Unruhen, die jedoch von weiten Teilen der Presse und aufgeklärten Politikern verurteilt wurden. Eine bedeutende Rolle bei der Bekämpfung kommunalistischer Kräfte spielte immer wieder die 'Awami League', die zum Beispiel bei der Ausarbeitung

der Verfassung Pakistans darauf achtete, die legitimen Rechte und Interessen der Minderheiten zu schützen.

Aber trotz aller Bemühungen der säkularen Kräfte, kam es seit 1947 immer wieder zu Ausbrüchen von Gewalt, wie jetzt im letzten Dezember.

Mitursache für immer wieder aufflammende kommunale Auseinandersetzungen sind vor allem wirtschaftliche Gründe. Der Anteil der Armen unter den Hindus ist aus historischen Gründen weitaus geringer als unter den Moslems. Insbesondere in den ländlichen Regionen gibt es kaum landlose Hindus, während das Heer der landlosen Landarbeitern unter den Moslems täglich wächst. Hindutempel, Verbrennungsstätten und andere religiöse Plätze der Hindus beanspruchen große Landflächen. Viele jedoch bleiben ungenutzt, weil die Anzahl der Hindus ständig sinkt. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sank von über 30 Prozent zu Zeiten der Teilung Indiens auf etwa 20 Prozent in den fünfziger Jahren. Heute sind weniger als 10 Prozent der Gesamtbevölkerung Hindus.

Die Regierung von Bangladesh hat Ende Januar in einer scharf formulierten Resolution die Regierung Indiens aufgefordert, die Moschee in Ayodhya wieder aufzubauen.